



Grundschulverband

Berliner Landesgruppe

*Inge Hirschmann
Vorsitzende der Berliner
Landesgruppe
Babelsberger Str. 45; 10999 Berlin
E-Mail: inge.hirschmann@gmx.de*

An
Frau Kern
II D Leitung
und

Herrn Pieper
II Leitung

Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Wissenschaft
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin

Betrifft

Erneute Stellungnahme zu den Umsetzungsplänen/zum Gesamtkonzept „Inklusive Schule“ der Senatsverwaltung BJW/ Diskussionsstand nach Konsultationsgesprächen

Berlin, den 23. März 2012

Sehr geehrte Frau Kern,
Sehr geehrter Herr Pieper,

im Rahmen der Konsultationsgespräche benennt der GSV in Ergänzung zu unserer öffentlichen Stellungnahme vom Februar 2011 gerne unsere aktuelle Position:

Der Grundschulverband begrüßt die in den Konsultationsgesprächen deutlich gewordenen Aktivitäten, die Sie bereits auf den Weg gebracht haben und das Bemühen der Senatsverwaltung, die kontroversen Sichtweisen und Interessen der Vertreter/innen maßgeblicher Verbände einzubeziehen.

Der Grundschulverband bedauert, dass es bisher nicht gelungen ist, eine auskömmliche Finanzierung für eine so umfassende Reform, wie sie das Umsteuern unseres Schulsystems zu einem inklusiven Bildungssystem darstellt, verbindlich in Aussicht zu stellen.

Erschwerend kommt aus unserer Sicht hinzu, dass die Berliner Grundschule unter den Sparzwängen der letzten Jahre in ihren pädagogischen und organisatorischen Möglichkeiten stark eingeschränkt wurde. Große Reformvorhaben wie die flächendeckende Ganztagschule sowie Bemühungen zur Qualitätsverbesserung von Unterricht, aber auch veränderte Formen des Qualitätsmanagements sind zwar auf den Weg gebracht, aber bisher noch nicht auf gutem Niveau implementiert worden. Zu nennen seien hier blitzlichtartig folgende „Baustellen“:

- fehlende Raumangebote für Kinder und Erwachsene für einen pädagogisch wertvollen ganzen Tag in den Schulgebäuden sowie im Schulgelände
- fehlende verlässliche und bedarfsgerechte personelle Ausstattung durch Lehrkräfte, insbesondere im Hinblick auf eine verstärkte Individualisierung des Unterrichts
- unzureichende schulnahe Unterstützungssysteme für Kinder und deren Schulen, insbesondere in belasteten Einzugsbereichen
- fehlende Qualitätssicherung in der ergänzenden Betreuung und in der Bereitstellung von hochwertigen zusätzlichen Bildungsangeboten
- unzureichende Zugänglichkeit zu hochwertiger, bedarfsgerechter Lehrer- und Erzieherweiterbildung

All diese nun schon seit vielen Jahren bekannten Dauerbaustellen führen bei Eltern zu einem steigenden Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit der Grundschulen. Insbesondere Eltern von behinderten Kindern befürchten zunehmend, dass auch ihre auf zusätzliche Förderung und Unterstützung besonders angewiesenen Kinder, die Leidtragenden einer gemeinsamen Beschulung an den Regelschulen sein könnten.

Der Grundschulverband hält eine Umsetzung des Gesamtkonzepts Inklusive Schule unter der Prämisse der Kostenneutralität für nicht machbar. Wir empfehlen, die Gesamtkosten einer so umfassenden Umsteuerung realistisch und differenzierter zu erfassen.

Aus der Sicht des Grundschulverbandes ist eine leistungsfähige inklusive Regelgrundschule nur zu erreichen, wenn die zusätzlich erforderlichen Kostenfaktoren realistisch vorausberechnet und von den verantwortlichen politischen Akteuren bereitgestellt werden:

Bei der Berechnung der Gesamtkosten sind zunächst folgende Teilkosten für die Öffentlichkeit nachvollziehbar klar zu benennen:

- Berücksichtigung des ansteigenden Bedarfs an Schulplätzen in den nächsten Jahren aufgrund des zu erwartenden demografischen Wandels; damit der damit einhergehende Mehrbedarf an Förder- und Unterstützungsbedarf für Kinder mit besonderen Bedarfen einberechnet werden kann,
- Behebung des Sanierungsstaus an Berliner Schulen (siehe Kostenschätzungen der bezirklichen Schulträger),
- Ausbauprogramme für das Umrüsten vorhandener Schulgebäude im Hinblick auf Barrierefreiheit und um die den pädagogischen Anforderungen an eine inklusive Schule entsprechenden zusätzlichen Räumlichkeiten zu schaffen,

- Schaffung von schulnahen sozialpädagogischen Unterstützungsangeboten, um sowohl präventiv als auch in Krisen intervenierend verhaltensschwierige Kinder und Jugendliche unterstützen zu können (vordringlich in den Schulen mit mehr als 40% Kindern mit multiplen Benachteiligungen wie Armut, bildungsferne Elternhäuser und bildungsbelastendem Migrationshintergrund),
- Schaffung von gut ausgebildeten, vielfältig einsetzbaren Schulassistentenkräften
- Schaffung eines umfangreichen, qualitativ hochwertigen Fortbildungsangebotes für Lehrkräfte und für Erzieher/innen im Umgang mit Heterogenität und um zu garantieren, dass eine auf Individualität abzielende Lern- und Förderkultur in jeder Schule implementiert werden kann,
- Schaffung von umfangreichen Angeboten in der berufsbegleitenden Lehrerfort- und Weiterbildung zur Verbesserung der fachlichen und überfachlichen Bildung von Lehrer/innen in den Feldern der Fachwissenschaftlichkeit (u. a. auch sonderpädagogisches Fachwissen), aber auch Angebote in allen anderen Bereichen wie der individuellen Förderung und der damit verbundenen prozessbegleitenden Förderdiagnostik sowie der allgemeinen inklusiven Schulentwicklung.

Wir hoffen, dass die von der Senatorin verfügte „Entschleunigung“ des Gesamtvorhabens Inklusive Schule bei allen Beteiligten den Blick öffnen wird, dass es bei dieser Reform nicht nur um die Aufnahme von Kindern mit Behinderungen in die Regelschule geht. Aus der Sicht des GSV bedeutet Inklusion die Überwindung von Diskriminierung aller Risikogruppen.

Dies bedeutet im Sinne der UN Menschenrechtskonvention: In Berlin muss mittelfristig ein Schulsystem geschaffen werden, in dem alle Kinder und Jugendlichen in allen Schulen aufgenommen und optimal gefördert werden können. Es muss auf allen Ebenen eine Entwicklung in Gang gebracht werden, die die Schulen als Institution in den Blick nimmt und diese nachhaltig in die Lage versetzt allen Kindern, im Bedarfsfall mit leistungsstarken Partnern, bei der Förderung ihrer Bildungsentwicklung gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Inge Hirschmann
Vorsitzende des Grundschulverbandes
Landesgruppe Berlin